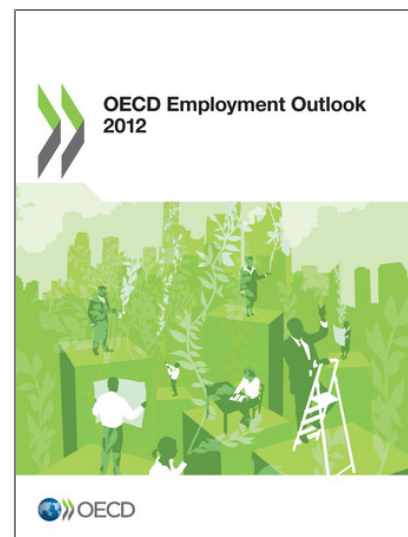


OECD *Multilingual Summaries*

OECD Employment Outlook 2012

Summary in German



Die komplette Publikation finden Sie unter:
10.1787/empl_outlook-2012-en

OECD-Beschäftigungsausblick 2012

Zusammenfassung in Deutsch

- In dieser 30. Ausgabe des OECD Employment Outlook werden die jüngsten Arbeitsmarkttrends und die kurzfristigen Aussichten in den OECD-Ländern untersucht. Der Bericht stellt fest, dass die Erholung von der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise langsam und uneinheitlich verläuft. Die Arbeitslosigkeit verharrt in vielen Ländern auf einem inakzeptabel hohen Niveau, und die Langzeitarbeitslosigkeit ist gestiegen, wodurch das Risiko einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit auf höherem Niveau zunimmt.
- Aus einer Analyse der Reaktionsmöglichkeiten der Arbeitsmärkte auf wirtschaftliche Schocks geht hervor, dass Maßnahmen zur Senkung der strukturellen Arbeitslosigkeit gleichzeitig auch dazu beitragen, die negativen Effekte eines Wirtschaftsabschwungs auf Arbeitslosigkeit, Verdiensteinbußen und Einkommensungleichheit zu dämpfen. Im vorliegenden Bericht wird dargelegt, dass der Anteil der Erwerbseinkommen am Nationaleinkommen in vielen OECD-Ländern gesunken ist, eine Entwicklung, die in erster Linie der Globalisierung und dem technologischen Wandel zuzuschreiben ist. Verstärkte Bildungsinvestitionen und besser zielgerichtete Steuer- und Transferprogramme können dazu beitragen, dass die Früchte des Wirtschaftswachstums einem breiteren Teil der Bevölkerung zugute kommen.
- Schließlich werden die Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf den Arbeitsmarkt untersucht. Einige Wirtschaftszweige könnten große Beschäftigungsveränderungen erleben, selbst wenn der Effekt auf das Beschäftigungsniveau insgesamt nur gering ausfallen dürfte. Wie bei anderen strukturellen Schocks sollten Vorkehrungen getroffen werden, um die Arbeitsmarktmobilität zu erleichtern.

OECD-Arbeitsmärkte angesichts der Krise

In den OECD-Ländern liegt die Arbeitslosenquote weiterhin knapp unter ihrem Nachkriegshoch von 8,5%, und sie wird voraussichtlich auch in den kommenden Jahren hoch bleiben. Etwa 48 Millionen Personen haben keine Beschäftigung, das sind ungefähr 14,5 Millionen mehr als vor Ausbruch der Finanzkrise Ende 2007. Seit Beginn der Erholung vor nahezu drei Jahren ist das Wachstum zu schwach und uneinheitlich, um mehr als nur einen geringfügigen Rückgang des konjunkturbedingten Anstiegs der OECD-weiten Arbeitslosigkeit auszulösen.

Gleichzeitig waren bei der Arbeitslosigkeit und den mit dem Wirtschaftsabschwung verbundenen sozialen Kosten unter den Ländern enorme Unterschiede festzustellen. In neun OECD-Ländern – Australien, Österreich, Japan, Korea, Luxemburg, Mexiko, die Niederlande, Norwegen und die Schweiz – verharnte die Arbeitslosenquote bei unter 5,5%, während sie in neun anderen Ländern nach wie vor zweistellig ist – Estland, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Portugal, die Slowakische Republik und Spanien.

In vielen Ländern hat die Schwäche der Erholung zu einer zunehmenden Marginalisierung der Arbeitslosen geführt. Die Langzeitarbeitslosen – Personen, die seit mehr als einem Jahr ohne Beschäftigung sind und Arbeit suchen – machen inzwischen mehr als ein Drittel aller Arbeitslosen im OECD-Raum aus. Der Anteil der entmutigten Arbeitssuchenden, die die Erwerbsbevölkerung verlassen, ist ebenfalls erheblich gestiegen. Zudem hat die Jugendarbeitslosigkeit in einigen Ländern ein gefährlich hohes Niveau erreicht – in Griechenland und Spanien über 50% (in Deutschland hingegen nur 8%).

Über die unmittelbaren negativen Auswirkungen auf das Leben all jener Personen und Familien hinaus, die nicht in der Lage sind, eine Arbeit zu finden, wird die Möglichkeit größer, dass ein Teil des konjunkturellen Anstiegs der Arbeitslosigkeit strukturell wird, so dass in den Ländern, in denen die Arbeitslosigkeit am stärksten gestiegen ist, sich das Niveau der Arbeitslosigkeit auf Dauer erhöhen könnte. Angesichts dieser Entwicklung droht eine Verringerung des künftigen Arbeitskräfteangebots sowie die Gefährdung eines Aufschwungs, der wirklich Arbeitsplätze schaffen könnte.

Aktive Arbeitsmarktmaßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit

Wie sollen die politischen Entscheidungsträger reagieren? Auf kurze Sicht müssen sie zumindest an vier Fronten agieren: Förderung der Beschäftigungsschaffung im Allgemeinen, Verringerung der wachsenden Zahl von Langzeitarbeitslosen, Verbesserung der Beschäftigungsaussichten junger Menschen und Gewährleistung, dass so wenig Arbeitslose wie möglich für den Arbeitsmarkt für immer verloren sind. Längerfristig besteht die Herausforderung darin, die Widerstandsfähigkeit des Arbeitsmarkts zu stärken und diesen besser dafür zu rüsten, künftige Abschwünge mit begrenzten Kosten für die Gesellschaft zu überwinden.

Die Erholung des Arbeitsmarkts hängt in hohem Maße von einer breiter fundierten wirtschaftlichen Erholung ab, die, insbesondere im Euroraum, mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren behaftet ist. Maßnahmen zur Stimulierung der Nachfrage würden dazu beitragen, dem Wirtschaftswachstum und der Beschäftigungsschaffung Impulse zu verleihen. In Anbetracht der in den meisten OECD-Ländern bestehenden Zwänge im Hinblick auf die stärkere Nutzung der Geld- und Fiskalpolitik dürfte eine stärkere Konzentration auf Strukturreformen an den Produkt- und Arbeitsmärkten für die Erholung von entscheidender Bedeutung sein.

Die Gefahr einer steigenden strukturellen Arbeitslosigkeit fordert auch ein sorgfältig konzipiertes Paket aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, damit Arbeitslose so rasch wie möglich wieder ins Erwerbsleben eingegliedert werden und den von Langzeitarbeitslosigkeit Bedrohten unter ihnen geholfen wird, ihre Kompetenzen zu wahren, indem ihnen befristete Beschäftigungsverhältnisse angeboten werden. Am effizientesten dürften in diesem Kontext Maßnahmen wie gezielte Einstellungszuschüsse sowie Unterstützung bei der Arbeitssuche durch Direktinterviews, individuelle Aktionspläne und Job-Clubs sein.

Aktive Arbeitsmarktprogramme können ebenfalls förderlich sein. Diese könnten sich auf die Überwindung struktureller Hindernisse konzentrieren, die Arbeitgeber davon abhalten, freie Stellen zu besetzen, und Arbeitslose daran hindern, eine Beschäftigung zu finden, möglicherweise weil ihre Kompetenzen infolge der langen Phase der Arbeitslosigkeit veraltet und nicht mehr gefragt sind. Daher müssen sich abzeichnende Kompetenzengpässe

ebenso wie das Entstehen spezifischer Gruppen von Arbeitslosen, die nicht über die passenden Kompetenzen verfügen, so rasch wie möglich identifiziert werden, so dass diesen Gruppen dann die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsprogrammen ermöglicht werden kann, um ihnen die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Sind für diese aktiven Maßnahmen denn auch hinreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt worden? Obwohl die Ausgaben in dieser Rezession deutlich stärker erhöht wurden als in früheren Wirtschaftsabschwüngen, reichte der Anstieg dennoch nicht aus, um die Höhe der je Arbeitsuchenden zur Verfügung gestellten Mittel aufrechtzuerhalten. Zurückzuführen ist dies möglicherweise auf die mangelnde Überzeugung der Regierungen, dass sich zusätzliche Investitionen auszahlen. Eine weitere mögliche Erklärung sind Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der raschen Einstellung und Ausbildung qualifizierter Arbeitsvermittler sowie der Ausweitung des Weiterbildungsangebots bei gleichbleibender Qualität.

Es besteht die Gefahr, dass der Prozess der Haushaltskonsolidierung die für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verfügung gestellten Ressourcen in vielen Ländern weiter reduzieren wird. Gleichwohl wäre eine Kürzung dieser Programme unklug, da dies die ohnehin bereits schwierigen Arbeitsmarktbedingungen weiter verschärfen und das langfristige Wachstum gefährden könnte.

Widerstandsfähigkeit des Arbeitsmarkts

Fest steht, dass Differenzen bei den Arbeitsmarktpolitiken und -bestimmungen für einen beachtlichen Teil der Unterschiede verantwortlich sind, die im Hinblick auf die Auswirkungen des Abschwungs auf Arbeitslosigkeit, Erwerbseinkommen und Verdienungleichheiten unter den OECD-Ländern festzustellen sind. Politikmaßnahmen können die Arbeitsmärkte widerstandsfähiger machen, indem sie sowohl die Auswirkungen eines Abschwungs auf den Arbeitsmarkt abschwächen als auch den Effekt von Verdiensteinbußen auf die privaten Haushalte mindern. So können beispielsweise Steuer- und Transfersysteme bei der Eindämmung der sozialen Kosten von Konjunkturabschwüngen eine bedeutende Rolle spielen.

Arbeitsmarktpolitiken und -bestimmungen, die die Widerstandsfähigkeit des Arbeitsmarkts steigern, sorgen in der Regel auch in struktureller Hinsicht für bessere Arbeitsmarktergebnisse. Generell ist in Ländern mit einem niedrigen Niveau an struktureller Arbeitslosigkeit ein geringerer Anstieg der Arbeitslosigkeit nach einem Abschwung zu beobachten, was darauf schließen lässt, dass viele der Empfehlungen, die in der Neubeurteilung der OECD-Beschäftigungsstrategie von 2006 zur Erreichung zufriedenstellender struktureller Arbeitsmarktergebnisse erteilt wurden, auch zur Steigerung der Widerstandsfähigkeit des Arbeitsmarkts beitragen dürften.

Bestimmungen zur Förderung koordinierter Tarifverhandlungen verbessern in der Regel sowohl die strukturellen Arbeitsmarktergebnisse als auch die Widerstandsfähigkeit des Arbeitsmarkts, wohingegen Bestimmungen, die den intensiven Rückgriff auf Zeitverträge begünstigen, wie strenge Beschäftigungsschutzbestimmungen für regulär Beschäftigte, die Widerstandsfähigkeit des Arbeitsmarkts schwächen.

Anteil der Erwerbseinkommen am Nationaleinkommen und umweltverträgliches Wachstum

Zwei weitere längerfristige Bedenken hinsichtlich der Entwicklung des Arbeitsmarkts werfen unter den politischen Entscheidungsträgern Fragen auf. Die erste betrifft die Tatsache, dass der Anteil der Löhne, Gehälter und Lohnnebenleistungen am gesamten Nationaleinkommen in nahezu allen Ländern gesunken ist. Die zweite Frage, die derzeit zwar noch durch die Krise überschattet ist, wahrscheinlich aber wieder aufkommen wird, lautet, wie sich ein „grünes Wachstum“ erreichen lässt und was der Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft für den Arbeitsmarkt bedeutet.

Der rückläufige Lohnanteil am Nationaleinkommen erklärt sich in erster Linie aus der sich verschlechternden Position der Geringqualifizierten und Personen mit niedrigstem Bildungsstand, die durch die Verschärfung des nationalen und internationalen Wettbewerbs sowie die Tatsache bedingt ist, dass die Informations- und Kommunikationstechnologien bei bestimmten Kategorien von Arbeitsplätzen, namentlich jenen, in denen Routineaufgaben ausgeführt werden, Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzen.

Sollte die Politik auf den rückläufigen Erwerbseinkommensanteil reagieren? Eine Verlangsamung der Antriebskräfte des technischen Fortschritts und der Globalisierung ist wohl kaum eine tragfähige Option. Jedoch können die Regierungen ihre Erwerbsbevölkerung dafür rüsten, im sogenannten „Wettlauf gegen die Maschine“ besser zu bestehen. Verstärkte Humankapitalinvestitionen – und die Gewährleistung einer besseren Übereinstimmung zwischen den in der Schule vermittelten Qualifikationen und den am Arbeitsplatz gefragten Kompetenzen könnten zusammen auf lange Sicht dafür sorgen, den Rückgang des Lohnanteils in den Griff zu bekommen.

Sobald die Erholung festen Tritt gefasst hat, werden die politischen Entscheidungsträger sich wahrscheinlich wieder der Herausforderung stellen, einen raschen, effizienten und fairen Übergang zu einer CO₂-armen und ressourcensparenden Wirtschaft zu erreichen. Der Übergang zu einem umweltverträglichen Wachstum sollte am besten als Antriebskraft für wirtschaftliche Strukturveränderungen betrachtet werden, in deren Rahmen die Arbeitsmarktpolitik, und insbesondere die Maßnahmen im Bereich Bildung und Kompetenzentwicklung, bei der Unterstützung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Hinblick auf die notwendigen Anpassungen eine aktive Rolle spielen sollten.

Die in der Neubeurteilung der OECD-Beschäftigungsstrategie identifizierten Maßnahmen bilden den entscheidenden Rahmen für ein erfolgreiches Management dieser strukturellen Veränderungen. Mit der Adaptation dieser allgemeinen Maßnahmen für den Übergang zu einem grünen Wachstum könnte auch die Unterstützung von Ökoinnovationen und die Verbreitung umweltfreundlicher Technologien stärker in den Mittelpunkt rücken. Eine verbesserte Schul- und Berufsbildung wäre ein Weg, ein anderer wäre die Gewährleistung, dass übermäßig strenge Beschäftigungsschutzbestimmungen und Produktmarktregulierungen Investitionsanreize nicht im Keim ersticken.

© OECD

Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.

Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter Bookshop www.oecd.org/bookshop

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die OECD Rights and Translation Unit, Public Affairs and Communications Directorate unter: rights@oecd.org oder per Fax: +33 (0)1 45 24 99 30.

OECD Rights and Translation unit (PAC)
2 rue André-Pascal, 75116
Paris, France

Besuchen Sie unsere Website www.oecd.org/rights



Die komplette englische Fassung erhalten Sie bei OECDiLibrary !

OECD (2012), *OECD Employment Outlook 2012*, OECD Publishing.

doi: 10.1787/empl_outlook-2012-en